

ÖkologiePolitik

Journal der Ökologisch-Demokratischen Partei

Nr. 203 | Juni 2026

Leserprobe

Digitalisierung und KI

ödp

Titelthema: Digitalisierung und KI

- 4 **Kurzmeldungen**
von Prof. Dr. Herbert Einsiedler
- 6 **Digitale Souveränität**
„Mehr Transparenz!“
Interview mit Sascha Pallenberg
- 10 **Meinungsbildung**
„Ran an die Monopole!“
Interview mit apl. Prof. Dr. Martin Andree
- 14 **EU-Gesetzgebung**
Digital-Omnibus – Kniefall vor den Tech-Konzernen
von Dr. Andrea Brieger
- 18 **Deepfakes**
Angriff auf die Wahrheit, Gefahr für unsere Demokratie
von Thomas Löb

ÖDP – Neues aus der Partei

- 22 **Bundesvorstand**
Wo sind wir noch Biene, wo sind wir noch Stachel!?
von Günther Brendle-Behnisch
- 24 **Bundesverband**
Vision Ökologisches Deutschland – ein Fazit nach einem Jahr Schwarz-Rot
von Prof. Dr. Herbert Einsiedler
- 26 **Der Ökologische Rat der ÖDP**
- 28 **EU-Abgeordnete Manuela Ripa**
Herausforderungen der Digitalisierung aus europäischer Sicht
- 31 **JÖ – jung. ökologisch**
Gründung des Großverbands West
- 32 **Landesverbände**
- 38 **Bundesarbeitskreise**
- 39 **MOD-Stiftung**
Gemeinsam für eine gemeinwohlorientierte Gesellschaft
- 40 **ÖDP aktiv!**
Auch in einer „digitalen Stadt“ braucht es menschliches Engagement
- 43 **Termine, Impressum**



Liebe Leserinnen und Leser,

durch das Aufkommen und die Verbreitung künstlicher Intelligenz (KI) rückt die Digitalisierung unserer Gesellschaft in den Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit und Debatten. Zweimal war die KI in diesem Jahr schon Titelthema des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“: Im Februar warnte er unter dem Titel „Tödliche Intelligenz“ vor einer Machtübernahme der Computer und vor einer Auslöschung der Menschheit, im April unter dem Titel „Macht die KI uns dumm?“ vor einer Degenerierung unseres Gehirns und unseres Denkvermögens.

Diese ÖkologiePolitik-Ausgabe geht der Frage nach, was die Digitalisierung mit unserer Demokratie macht. Dabei droht die Gefahr wohl vor allem von den Menschen hinter der Digitalisierung: von Elon Musk, Peter Thiel & Co. Diese verachten unsere Demokratie, unterstützen autoritäre Bewegungen und Parteien, wollen den Menschen neu erfinden und unsere Gesellschaften radikal umgestalten. Über ihre Technologien können sie das öffentliche Bewusstsein und damit die Politik massiv beeinflussen – mit KI künftig noch wirksamer.

Vor allem Thiel propagiert offen neue politische Leitbilder, hält wirre pseudoreligiöse Vorträge und inszeniert sich als Verteidiger der Freiheit. Unter der versteht er allerdings etwas anderes als wir, nämlich unternehmerische Freiheit. Und Demokratie hält er für ein ärgerliches Hemmnis: „Ich glaube nicht mehr, dass Freiheit und Demokratie vereinbar sind.“ Er will einen schwachen Staat. Doch das würde nicht größere Freiheit für alle bedeuten, sondern nur für wenige: neue Machtverhältnisse, intransparent, unkontrollierbar.

Das wäre das Ende unserer Demokratie. Und ist deshalb nicht hinnehmbar. Um unsere Demokratie zu verteidigen, braucht es zum einen Rückbesinnung auf ihre Grundprinzipien: politisches Bewusstsein, Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt, öffentliche Debatten, Austausch von Argumenten, freie Wahlen, Transparenz. Und zum anderen eine entschiedene Begrenzung und Kontrolle digitaler Macht. Hierfür müssen wir deren Logik verstehen. Dazu will diese ÖkologiePolitik-Ausgabe beitragen.

Viel Spaß beim Lesen, Nachdenken und Diskutieren
wünschen Ihnen Ihre

Günther Hartmann und Jan Altnickel

Günther
Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Jan Altnickel
Stellvertretender
verantwortlicher
Redakteur



Digitale Souveränität

„Mehr Transparenz!“

Europa ist von digitaler Souveränität weit entfernt. Es ist abhängig von US-Technologie. Dadurch gelingt es US-Tech-Konzernen immer wieder, ihre Interessen durchzusetzen und für sie nachteilige Regulierungen zu verhindern. Das hat fatale Konsequenzen für unsere Gesellschaft und für unsere Demokratie.

Interview mit Sascha Pallenberg

ÖkologiePolitik: Herr Pallenberg, wie abhängig sind Deutschland und Europa von den US-Tech-Konzernen?

Sascha Pallenberg: So abhängig, wie wir es zulassen – aber dann müssten wir schon ein paar Schritte weiter sein. Wenn wir uns die Entwicklung in den letzten 40 bis 50 Jahren anschauen, wurde natürlich die Software unserer digitalen Infrastruktur maßgeblich von US-amerikanischen Unternehmen geprägt. Marktführer bei den Betriebssystemen ist Microsoft, ebenso bei

den Office Suites. Danach kommt Apple, das auch bei den Smartphones einen hohen Marktanteil hat. Auch die größten Cloud-Anbieter kommen alle aus den USA, ebenso die größten Social-Media-Plattformen und Suchmaschinen. Das ist eine Abhängigkeit, die viel stärker ist als die im Energiesektor, wo sich in relativ kurzer Zeit auf dem Weltmarkt andere Lieferanten finden lassen. Digital unabhängiger zu werden, ist ungleich schwieriger und eine Generationenaufgabe. Und stößt natürlich auf großen Widerstand

von Lobbyorganisationen der US-Tech-Konzerne. Der Weg in die digitale Souveränität ist steinig und noch sehr lang.

Welche Gefahren lauern in dieser Abhängigkeit für unsere Demokratie?

Wir konnten in den letzten 15 Jahren gut erleben, was Algorithmen für demokratische Gesellschaften bedeuten. Aktuell ist in Meinungsumfragen die AfD erstmals

„Digital unabhängiger zu werden, ist eine Generationenaufgabe. Und stößt auf großen Widerstand von Lobbyorganisationen der US-Tech-Konzerne.“

Sascha Pallenberg

Jahrgang 1971, begann seine Berufslaufbahn bei der Bundeswehr, gründete und betrieb anschließend mehrere IT-Unternehmen und -Blogs, arbeitete von 2017 bis 2020 für den Autokonzern Daimler als Head of Digital Transformation, von 2021 bis 2023 als Chief Awareness Officer für die Nachhaltigkeitsplattform Aware und ist aktuell vor allem als Blogger und YouTuber tätig. Seit 2009 lebt er in Taiwan.

www.saschapallenberg.com



lebt. Was macht das mit heranwachsenden Menschen, deren Werthorizont noch nicht ausgebildet ist, die ihre Position in der Gesellschaft noch suchen, die sich geschmeichelt fühlen, wenn der Like-Button – für mich die Wurzel allen Übels! – unter den eigenen Posts geklickt wird? Von den negativen Auswirkungen wissen wir nicht erst seit gestern, aber wir sind sehr langsam, darauf zu reagieren, Maßnahmen dagegen zu entwickeln und umzusetzen. Gegen sämtliche Social-Media-Anbieter laufen EU-Verfahren im Rahmen des Digital Market Act, damit sie bestimmte Praktiken einstellen. Die Gefahr ist, dass diese Social-Media-Plattformen und Algorithmen ausgenutzt werden – von Staaten, von politischen Be-

„Der Weg in die digitale Souveränität ist steinig und noch sehr lang.“

wegungen, aber auch von profitorientierten Konzernen. Während die einen daran interessiert sind, unseren Glauben in die Demokratie zu erschüttern und zu schwächen, sind die anderen daran interessiert, möglichst viel Geld zu verdienen.

stärkste Partei in Deutschland. Das hat eine ganze Menge damit zu tun, wie erfolgreich sie auf Social-Media-Plattformen ist. Dort sind die angebotenen Inhalte algorithmengetrieben und erzeugen sogenannte Echokammern. Nutzern werden vorwiegend solche Informationen angeboten, die sie schon mal angeklickt haben. Wir wissen seit vielen Jahren durch Studien, welche negativen Auswirkungen dies hat – vor allem auf junge Menschen. Auf Instagram werden jungen Menschen unter anderem auch fragwürdige Schönheitsideale vorge-



Meinungsbildung

„Ran an die Monopole!“

2020 war ein Kipppunkt: Seither informieren sich die Deutschen mehr übers Internet als über Printprodukte. Das bedeutet, dass die großen US-amerikanischen Tech-Konzerne die Meinungsbildung massiv beeinflussen können. Denn sie bestimmen, welche Inhalte auf ihren Plattformen sichtbar sind und welche nicht.

Interview mit apl. Prof. Dr. Martin Andree

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Andree, sowohl die großen US-Tech-Konzerne als auch Rechtspopulisten wie Donald Trump und die AfD sehen die Meinungsfreiheit bedroht. Meinen die das Gleiche?

Prof. Dr. Martin Andree: Das Narrativ stammt ursprünglich von den Tech-Konzernen, wurde dann von netzaktivistischen Gruppierungen weiterentwickelt, typischerweise im Zusammenhang mit „Zensur“-Debatten zur potenziellen Sperrung von strafbaren Inhalten im Internet, dann von Trump aufgegriffen. Die AfD, aber auch libertäre Teile der FDP, die Springer-Medien und andere betreiben das Trump-Narrativ

„Die Medien konstituieren die Grundlage unserer Demokratie.“

hierzulande wie ein Franchise – es ist tatsächlich weitestgehend von dort kopiert. Wichtig ist, dass unter dem Deckmantel einer angeblichen „Befreiung“ der Medien die Grundlage der Meinungsfreiheit selbst abgeschafft wird, nämlich die souveräne Gestaltung des öffentlichen Forums durch die demokratische Gemeinschaft – denn genau diese Souveränität wird ja von Trump

apl. Prof. Dr. Martin Andree

Jahrgang 1971, studierte Medienwissenschaften, promovierte, arbeitete von 1999 bis 2028 bei Henkel im Marketing, habilitierte und ist seit 2018 an der Universität zu Köln als außerplanmäßiger Professor mit Schwerpunkt „Digitale Medien“ tätig. 2019 gründete er das Unternehmen AMP Digital Ventures für KI und digitale Innovation.
www.martinandree.com



und den Tech-Konzernen abgelehnt. Diese wollen das demokratische Forum selbst gestalten und kontrollieren.

Welchen Einfluss haben die US-Tech-Konzerne auf die öffentliche Meinungsbildung?

In digitalen Medien sind etwa 60 % der massenmedialen Aufmerksamkeit gebündelt, ein Großteil der demokratierelevanten Öffentlichkeit in den Monopolen der Tech-Konzerne.

Wie gelang es den US-Tech-Konzernen, den Wettbewerb und die Meinungsvielfalt abzuschaffen?

Sie haben zum einen die natürlichen Netzwerkeffekte genutzt und zum anderen nützliche Regelungen durchgedrückt.

Netzwerkeffekte könnte man einfach durch offene Standards auskontern, die ja auch das World Wide Web die ersten 15 Jahre vor Monopolstrukturen bewahrt hat. Aber man hat den Tech-Konzernen erlaubt, ihre Plattform-Silos durch geschlossene Standards abzusichern. Man hat ihnen ferner ermöglicht, die Nutzer quasi in den Plattformen einzumauern, etwa durch die Herunterregelung von Outlinks. In meinem

„Wenn die Tech-Konzerne Informationen kontrollieren und manipulieren, dann haben wir keine freien Medien mehr.“

Buch „Big Tech muss weg“ beschreibe ich rund 15 solcher Kniffe und Tricks, mit denen die Tech-Konzerne offene Märkte und fairen Wettbewerb abgeschafft haben. Am

schlimmsten ist, dass die Tech-Konzerne sich den Traffic einfach selbst zuschieben, weil ihnen die Gateways gehören – also etwa Google, das überproportional auf YouTube aus demselben Konzern wei-

„Unter dem Deckmantel einer angeblichen Befreiung der Medien wird die Grundlage der Meinungsfreiheit abgeschafft.“

terleitet. Diese Selbstbevorzugung haben auch unsere Messungen auf breiter Front belegt.

Wer profitiert außer den US-Tech-Konzernen von dieser Entwicklung?

Niemand.

Ist unsere Demokratie dadurch bedroht?

Die Medien konstituieren die Grundlage unserer Demokratie. Wenn es in der digita-



DSGVO

EU-Gesetzgebung

Digital-Omnibus – Kniefall vor den Tech-Konzernen

„Vereinfachung“ und „Innovationsförderung“ sind die Stichworte, mit denen die EU-Kommission ihr großes Gesetzesvorhaben, den sogenannten Digital-Omnibus, bewirbt. Mit dem will sie Digitalgesetze und KI-Regulatorik konsolidieren und die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ändern.

von Dr. Andrea Brieger

Die EU-Kommission möchte ihren Digital-Omnibus schnellstmöglich durch die Gremien bringen – ohne umfangreiche Anhörungen. Im Sommer 2025 sah das noch anders aus. Da startete die EU-Kommission eine Abfrage („Call for Evidence“) bei Unternehmen und Verbänden, um Änderungsbedarf im Bereich Cybersicherheit, Datengovernance und Datenschutz zu erfragen. War hier noch von einer „Weiterentwicklung“ des Datenschutzrechts die Rede, überraschte der vorgelegte Gesetzentwurf mit Neuerungen, die zentrale Elemente der DSGVO betreffen.

Der Entwurf enthält einige gute Ideen, zum Beispiel eine zentrale Meldestelle für

Cyberfälle, eine Vereinfachung der Cookie-Regelungen oder die Reduzierung von Dokumentationspflichten für Unternehmen. Auch die geplante Zusammenfassung verschiedener Digital-Gesetze im neuen Data Act macht Sinn. Daneben gibt es aber Passagen, die der bisherigen Gesetzessystematik komplett widersprechen und dadurch mehr Schaden als Nutzen anrichten würden.

Änderung des Anwendungsbereichs von Datenschutzgesetzen

Datenschutzgesetze gelten nur für personenbezogene Informationen. Was perso-

nenbezogene Informationen sind, ist bislang in der DSGVO eindeutig definiert: Ist es objektiv möglich, mit der Information – auch unter Zuhilfenahme von Zusatzinfos – einen Menschen zu identifizieren, dann sind die Datenschutzvorgaben einzuhalten. Ist dies nicht möglich, fällt die Datenverarbeitung nicht unter das Datenschutzrecht.

Im neuen Gesetz wird diese Definition verändert, indem eine subjektive Komponente eingeführt werden soll: Wenn Daten für denjenigen, der sie verarbeiten will, nicht identifizierbar sind, dann gelten sie als „nicht personenbezogen“. Das Datenschutzrecht wäre nicht anwendbar. Die Informationen könnten ohne Einschränkungen weitergegeben, weiterverkauft und

Dr. Andrea Brieger

Jahrgang 1975, studierte Geschichte, promovierte in Rechtswissenschaft und arbeitet heute als Datenschutzbeauftragte. 2019 trat sie in die ÖDP ein, seit 2021 ist sie Landesvorsitzende der ÖDP Berlin.

www.oedp-berlin.de



zum Beispiel für das Trainieren von KI-Systemen genutzt werden. Eingriffsmöglichkeiten für die betroffenen Personen gäbe es nicht mehr, denn die in der DSGVO verankerten Betroffenenrechte wären auf diese Datenbestände nicht anwendbar: Es gäbe keinen Anspruch auf Auskunft darüber, welche Daten zu welchen Zwecken von einem Unternehmen verarbeitet werden, kein Widerspruchsrecht, keinen Anspruch auf Löschung.

Das ist eine Regelung, die man nur als Freifahrtschein für die ganz großen Tech-Konzerne lesen kann: Meta, Google & Co. verfügen schon jetzt über Unmengen von

Detailinformationen zu Nutzern (Nutzerverhalten, Posts in Social Media, Standorte, Bewegungsdaten, Kontakte zu anderen Nutzern etc.), die sie nur zu gern nach Belieben weitergeben, miteinander verknüpfen und auswerten möchten, ohne durch Gesetze dabei reglementiert zu werden.

Der Gesetzesentwurf ist vor allem ein Zugeständnis an die USA und die Interessen ihrer großen Tech-Konzerne.

Der Digital-Omnibus gäbe ihnen dazu die Möglichkeit, sie müssten die Informationen nur in passende kleine „Informationsschnipsel“ zerlegen, um sie aus dem Geltungsbereich der DSGVO herauszubekommen. Die Daten würden jeglichen Schutz verlieren, auch wenn sie zu einem späteren Zeitpunkt oder durch andere Stellen wieder einer Person zugeordnet werden könnten, und könnten ohne gesetzliche Schranken für andere Zwecke genutzt, verkauft, weitergeleitet oder verändert werden.

Europäische Kommission
Vorschlag für eine Digital-Omnibus-Verordnung
19.11.2025/19.01.2026
www.t1p.de/rzylb

European Data Protection Board
Digitaler Omnibus:
EDSA und EDSB unterstützen Vereinfachung und Wettbewerbsfähigkeit und äußern gleichzeitig zentrale Bedenken
11.02.2026
www.t1p.de/ngg4x

Beschluss des Bundesrats
Stellungnahme zur geplanten Digital-Omnibus-Verordnung
Drucksache 34/26, 27.03.2026
www.t1p.de/vvt6w

Deepfakes

Angriff auf die Wahrheit, Gefahr für unsere Demokratie

Die digitale Welt ist längst untrennbar mit unserem realen Leben verwoben. Ein großer Teil unseres Alltags findet online statt. Digitale Übergriffe haben deshalb reale, oft gravierende Folgen. Für einen wirkungsvollen Schutz ist es notwendig, die gesetzlichen Rahmenbedingungen konsequent zu ändern.

von Thomas Löb

Noch immer wird die Onlinewelt vielerorts wie ein rechtsfreier Raum behandelt. Auf sozialen Netzwerken oder Gaming-Plattformen werden Minderjährige binnen Minuten mit sexualisierten Inhalten konfrontiert, während Unternehmen wie Meta Milliarden

Wenige Dutzend Fotos genügen, um mithilfe von KI-Tools einen täuschend echten Face Swap zu erzeugen.

mit fragwürdigen Anzeigen verdienen und von unregulierten Mechanismen profitieren, die Missbrauch begünstigen. Betroffene – zu meist Frauen – werden öffentlich diffamiert, psychisch zermürbt und sozial isoliert. Viele berichten, dass sie sich alleingelassen fühlen, was den Eindruck verstärkt, Täter hätten kaum Konsequenzen zu befürchten.

Verschlimmert wird die Situation durch sogenannte Deepfakes. Dieser Begriff setzt sich aus „Deep Learning“ und „Fake“ zusammen – tiefgehendes Lernen und gezieltes Fälschen. Gemeint sind täuschend echt wirkende, KI-manipulierte Bilder, Videos oder Audios, in denen Personen Dinge sagen oder tun, die sie nie gesagt oder getan

haben. Wenige Dutzend Fotos genügen, um mithilfe von KI-Tools einen täuschend echten Face Swap zu erzeugen: das digitale Austauschen von Gesichtern in Videos, bei dem Mimik und Beleuchtung realistisch übernommen werden. Was früher Spezialsoftware und enorme Rechenleistung erforderte, gelingt heute mit frei verfügbaren Apps und einem handelsüblichen Laptop. Bekannt wurde Face Swap 2017 durch gefälschte Pornovideos von Scarlett Johansson und Emma Watson. Der wohl prominenteste Fall betraf dann 2024 Taylor Swift.

Schutz der Betroffenen stärken

In der ZDF-Reportage „Deepfake-Pornos: Das Geschäft mit dem Missbrauch“ sprach der bekannte Medienanwalt

Thomas Löb

Jahrgang 1966, studierte Landschaftsarchitektur, erlernte den Beruf des Kongress- und Messeorganizers und ist aktuell in der Kultur- und Bildungsarbeit tätig. In die ÖDP trat er 2019 nach einer Pause wieder ein, ist seit 2020 Mitglied im Vorstand des Landesverbands Brandenburg und seit Januar 2026 dessen Vorsitzender.

thomas.loeb@oedp.de



Foto: Gunnar Bernskötter

Christian Schertz 2024 über den Fall Collien Fernandes: „Ich muss offen gestehen, dass das, was wir jetzt machen können, nämlich versuchen, die Täter zu ermitteln, zu 90 Prozent ins Leere läuft. An die Deep-



fake-Plattformen kommen Sie faktisch nicht ran. Sie haben keinen, den Sie da in Haftung nehmen können. Die sitzen im Ausland. Die wissen, dass sie Unrecht tun. Und weil sie das wissen, nutzen sie alle Möglichkeiten, die das Internet bietet, um einer Haftbarkeit und einer Strafbarkeit zu entgehen.“

Schertz äußerte sich weiter gegenüber der ZDF-Redakteurin von „Die Spur“, Marie Bröckling: „Wir müssen das Recht ändern, um den Schutz der Betroffenen zu verstärken. Wir haben es bei der Hate Speech oder der Verbreitung von Fake News gesehen. Da hat der Gesetzgeber viel zu spät gehandelt. Jetzt haben wir ein weiteres Phänomen, diese Deepfake- und KI-Problematik. Bei Bildnissen und hier noch viel schlimmer:

Deepfake-Pornos. Wo man ja nicht vergessen darf, dass das für die Betroffenen auch aufgrund der scheinbaren Authentizität des Bildmaterials furchtbar traumatisierend ist. Es ist eine mediale Vergewaltigung.“

Der Fall Fernandes zeigt die Tragweite digitaler Gewalt. Sie berichtet, dass ihr damaliger Ehemann jahrelang vermeintliche Nacktbilder und imitierte Stimmnahmen von ihr über Fake-Profilen verbreitet und sogar E-Mails unter ihrem Namen an berufliche Kontakte versendet haben soll. 2026 erstattete sie in Palma de Mallorca Strafanzeige – weil dort die Gesetze opferfreundlicher sind und spezialisierte Staatsanwaltschaften existieren. In Deutschland kam sie hingegen mit ihrem Anliegen kaum voran.

Schauspielerinnen Sibel Kekilli, die seit mehr als 20 Jahren mit Fakes – etwa angeblichem Telefonsex – und massiven Onlineattacken konfrontiert ist, schreibt in der Wochenzeitung „Die Zeit“: „Ich finde, den walk of shame sollen die Täter gehen, nicht die Opfer.“ Denn auch Kekilli hat Erfahrungen mit jenen gesammelt, die durch Untätigkeit solche Angriffe erst ermöglichen – etwa Mitarbeitende von Instagram oder Richterinnen und Richter, die die Vielzahl unbelegter Behauptungen über sie als Anlass

Was früher Spezialsoftware und enorme Rechenleistung erforderte, gelingt heute mit frei verfügbaren Apps und einem Laptop.

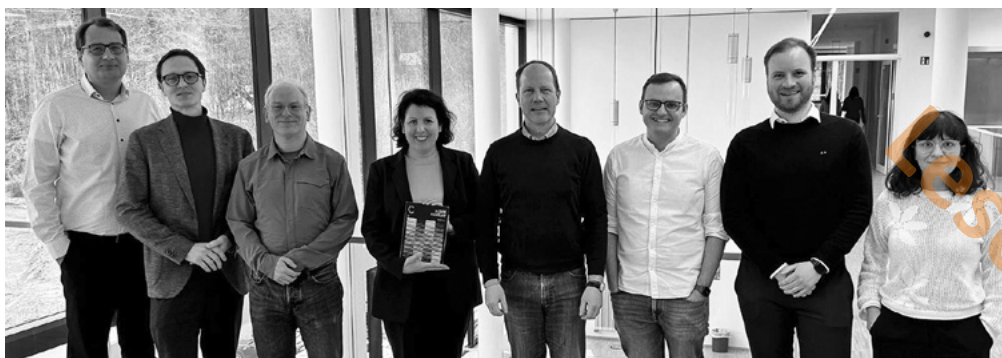
nahmen, ihr eine Mitschuld zuzuschreiben. In ihrem „Zeit“-Beitrag hofft Kekilli, „dass der Ruf nach digitalen Gesetzen in der Folge des Falls Fernandes nicht gleich wieder abebbt und dass sich, wenn schon nicht die Gesellschaft, dann wenigstens die Rechtsprechung ändert.“

Herausforderungen der Digitalisierung aus europäischer Sicht

Die Digitalisierung und der rasante Fortschritt der künstlichen Intelligenz (KI) prägen das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in der Europäischen Union zunehmend. Sie bieten enorme Potenziale für Innovation, Effizienzsteigerung und für die Wirtschaft. Gleichzeitig stellen sie die EU

konsequent am Schutz der Grundrechte ausgerichtet sein. Wo digitale Technologien Macht konzentrieren oder missbraucht werden können, braucht es klare Grenzen und verbindliche Regeln.

Der 2021 verabschiedete Digital Services Act (DSA) und der Digital Markets Act



Mitte März war ich zu Besuch beim CISPA Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit im Saarland. Das CISPA gehört zu den weltweit führenden Forschungszentren im Bereich Cybersicherheit und Datenschutz. Es war ein spannender Austausch und wir waren uns einig, dass Forschung und Politik beim Schutz unserer digitalen Infrastruktur noch enger zusammenarbeiten müssen.

hinsichtlich Datenschutz, urheberrechtlichen Fragen, Schutz von Persönlichkeitsrechten, Ethik, Verifizierbarkeit von Informationen, Bildung und Medienkompetenz vor erhebliche Herausforderungen.

Wir stehen deshalb vor der Aufgabe, die Chancen dieser digitalen Revolution entschlossen zu nutzen, gleichzeitig aber die damit verbundenen Risiken klar zu benennen und durch einen wirksamen Rechtsrahmen zu begrenzen.

Für mich gilt dabei ein klarer Grundsatz: Digitalisierung darf kein Selbstzweck sein. Sie muss demokratisch kontrolliert, sozial ausgewogen, ökologisch verantwortbar und

(DMA) sind erste wichtige Schritte. Doch die Dynamik technologischer Entwicklungen – insbesondere im Bereich der KI – erfordert eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Präzisierung dieser Regelwerke.

Ein entscheidender Punkt ist dabei die digitale Souveränität Europas. Es kann nicht sein, dass zentrale Datenströme, Infrastrukturen und Plattformen dauerhaft außerhalb unseres Rechtsraums kontrolliert werden. Wenn Daten europäischer Bürgerinnen und Bürger in anderen Rechtsordnungen verarbeitet werden, verlieren wir nicht nur Kontrolle, sondern auch Gestaltungsmacht. Deshalb braucht es konsequent den Auf-

bau eigener europäischer Infrastrukturen sowie klare Vorgaben, dass sensible Daten europäischen Standards unterliegen. Nur so lässt sich langfristig verhindern, dass wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten entstehen, die unsere Handlungsfähigkeit einschränken.

Klare Regeln für KI

Gerade im Bereich der künstlichen Intelligenz zeigt sich, wie dringend notwendig verbindliche Leitplanken sind. KI-Systeme greifen zunehmend in Lebensbereiche ein, die bisher menschlicher Entscheidung vorbehalten waren. Deshalb darf ihr Einsatz nicht ungeregelt erfolgen. Anwendungen müssen vor ihrer Einführung sorgfältig geprüft werden – nicht nur technisch, sondern auch hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen. Systeme, die Menschen bewerten, Verhalten vorhersagen oder emotionale Zustände analysieren, bergen erhebliche Risiken für Freiheit und Gleichbehandlung. Solche Anwendungen dürfen in sensiblen Bereichen keinen Platz haben.

Zugleich muss sichergestellt werden, dass KI nicht zur weiteren Konzentration von wirtschaftlicher oder politischer Macht führt. Transparenz über Funktionsweise und Entscheidungslogiken ist daher ebenso notwendig wie wirksame Kontrollmechanismen durch unabhängige Stellen.

Neben diesen strukturellen Fragen ist auch der Schutz kreativer Leistungen im digitalen Raum von zentraler Bedeutung. Die Möglichkeiten der KI, bestehende Werke zu imitieren oder neu zu kombinieren, dürfen nicht dazu führen, dass Urheberrechte faktisch entwertet werden. Künstlerinnen und Künstler müssen darauf vertrauen können, dass ihre Werke nicht ohne Zustimmung genutzt oder in neuer Form wirtschaftlich verwertet werden. Dazu haben wir als

EU-Parlament jüngst eine Resolution abgestimmt, worin wir fordern, dass das Recht auf geistiges Eigentum gegenüber den KI-Konzernen gilt, diese für die ungefragte Nutzung von Werken belangt werden oder Lizenzverträge abschließen müssen.

Junge Menschen schützen und befähigen

Ein besonders sensibler Bereich ist der Schutz von Kindern und Jugendlichen. Studien und Umfragen zeigen deutlich, dass die intensive Nutzung sozialer Medien mit erheblichen Risiken verbunden ist. Suchtverhalten, sozialer Druck, Cybermobbing und die gezielte Verstärkung extremer Inhalte durch algorithmische Systeme stellen eine reale Gefahr für die psychische Gesundheit dar. Deshalb ist es richtig, über klare Altersgrenzen und wirksame Schutzmechanismen zu diskutieren. Ich bin für ein Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige, um die Konzentrationsfähigkeit zu schulen und den Fokus auf den direkten Austausch und die Gemeinschaft im Klassenzimmer wie auch auf dem Pausenhof zu legen. Studien zeigen eindeutig, dass handyfreie Schulen dem Wohlbefinden und der Lernleistung der Schülerinnen und Schüler zuträglich sind. Außerdem müssen Plattformen stärker in die Pflicht genommen werden, ihre Systeme so zu gestalten, dass sie junge Menschen nicht gezielt in problematische Nutzungsmuster führen. Der Schutz von Kindern darf nicht von wirtschaftlichen Interessen abhängig sein.

Parallel dazu gewinnt die Vermittlung von Medienkompetenz zunehmend an Bedeutung. In einer Welt, in der Informationen jederzeit verfügbar sind, wird die Fähigkeit, Inhalte kritisch zu bewerten und einzuordnen, zur zentralen Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Bildungssysteme müssen darauf reagieren. Digitale